

## Das 'Who is Who' der Globalisierung

### **Bretton Woods**

In Bretton Woods/USA fand 1944 die erste und wichtigste Konferenz zur grundlegenden Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem 2. Weltkrieg statt. 47 Staaten nahmen an der Konferenz teil. Die in Folge des Krieges wirtschaftlich und politisch dominante Position der USA führte zur Etablierung eines Systems fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung. Es entstanden der IWF und die Weltbank, die sog. 'Bretton Woods-Zwillinge'.

### **IWF**

*Internationaler Währungsfond* (engl. IMF - *International Monetary Fonds*)

Der IWF sollte für die Aufrechterhaltung der in Bretton Woods beschlossenen geordneten Währungsbeziehungen sorgen. Nachdem 1971 die USA die Goldbindung des Dollar aufhoben und das System der festen Wechselkurse zusammenbrach und durch ein System flexibler Wechselkurse ersetzt wurde, erhielt der IWF den Auftrag, auf die Stabilität der Währungen zu achten.

Hierfür kann er kurzfristige Darlehen vergeben, die mit Strukturanpassungsprogrammen (SAP) für die jeweiligen Länder verbunden sind, welche in jeweils unterschiedlicher Ausprägung die folgenden Auflagen enthalten: (a) Kürzung der Staatsausgaben, v.a. im Gesundheits- und Bildungsbereich und der Subvention von Lebensmitteln, (b) weitreichende Privatisierungen, (c) Inflationsbekämpfung, z.B. durch Reallohnsenkung, (d) die Öffnung der nationalen Märkte für Güter, Investitionen und Finanztransaktionen, (e) die Umstellung der Wirtschaft auf den Export und (f), um letzteres zu fördern, die Abwertung der Inlandswährung, um Exporte zu verbilligen und Importe zu verteuern.

Das Stimmrecht der 182 Mitgliedsstaaten hängt ab von der Höhe ihrer Einzahlungen, welche sich wiederum nach der wirtschaftlichen Stärke jedes Mitglieds richtet. "Im Jahr 2002 verfügt der IWF nach Eigenangaben über fast 300 Milliarden Dollar, von denen 17% die USA, 6,3% Japan, 6,1% die Bundesrepublik Deutschland und je 5,1% England und Frankreich beisteuerten. Diese fünf Staaten besitzen damit knapp 40% des Stimmgewichts im IWF" (GLO, S. 34). Der IWF ist also nicht gerade eine demokratische Einrichtung.

Nach der Einzahlungsquote bemisst sich auch die mögliche Kredithöhe für jedes Mitglied. "Jederzeit und problemlos kann ein Land 25% seiner Quote als Kredit erhalten, dies entspricht seinem in den Fond eingezahlten Anteil. Weitere 25% sind mit Auflagen wie einer maximal fünfjährigen Rückzahlungsfrist und relativ hohen Zinsen verbunden, bei noch höheren Krediten wird ein SAP verfaßt. Für ernstere Fälle von Zahlungsschwierigkeiten oder der Verschuldung eines Staates gibt es erleichterte Kreditvergabeverfahren (...) mit über 100% der jeweiligen Quotenzahlung als möglicher Kredithöhe, fünf Jahren tilgungsfreier Zeit, einer Rückzahlungsfrist bis zu zehn Jahren und sehr niedrigem

Zinssatz. Für das Schuldnerland bedeutet dies aber noch strikere SAP-Auflagen" (GLO, S. 35).

Die SAP-Auflagen stellen denn auch für die betroffenen Staaten das eigentliche Problem dar. Sie erzwingen fallende Reallöhne bei steigenden Lebenshaltungskosten, was grosse Teile der unteren Bevölkerungsschichten in die Armut treibt. SAPs konnten daher "häufig nur durch Polizeigewalt und undemokratische Maßnahmen durchgesetzt werden. (...) Die zahlreichen Proteste gegen SAP-Maßnahmen des IWF in den 70er und 80er Jahren, von denen die bedeutendsten in den Staaten Peru, Ägypten, Sudan, Liberia, Bolivien, Türkei, Marokko, Equador, Argentinien, Brasilien, Tunesien, Dominikanische Republik und Jamaika stattfanden, kündigten die Bewegung der GlobalisierungsgegnerInnen schon an. (...) SAPs des IWF haben seit dieser Zeit der großen Proteste an Härte verloren, aus eindeutiger Angst vor sozialen Revolten" (GLO, S.35f.).

### **Weltbank**

Die Aufgabe der Weltbank ist die Förderung des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung. Das zugrunde liegende Entwicklungsmodell lässt sich umreißen mit "den Schlagwörtern Wachstumspolitik und Industrialisierung, Ankurbelung des Außenhandels und von internationalen Finanzströmen sowie schneller Übergang zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen" (GLO, S. 37). Zu diesem Zweck werden projektbezogen langfristige Kredite mit langen tilgungsfreien Zeiten und niedrigen Zinssätzen vergeben. Seit 1980 werden auch sog. Strukturanpassungskredite vergeben, womit sich die Weltbank dem Konzept des IWF annähert.

Die Weltbank besteht aus fünf Institutionen, der IBRD (*International Bank for Reconstruction and Development*, die eigentliche Weltbank), der IDA (*International Development Association*, vergibt Kredite an die 'am wenigsten entwickelten Staaten'), der IFC (*International Finance Cooperation*, Wachstumsförderung des Privatsektors), der MIGA (*Multilateral Investment Guarantee Agency*, Absicherung privater Direktinvestitionen) und dem ICSID (*International Centre for Settlement of Investment Disputes*, Schlichtung von Streitigkeiten von Auslandsinvestoren und Regierungen).

Das Stimmrecht der Mitgliedsstaaten bemisst sich wie im IWF an ihren Einzahlungsquoten.

Die Förderungspolitik der Weltbank ist durchaus kritisch zu betrachten. Oft sind mit den ausgewählten Projekten lukrative Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen der Industrienationen verbunden. "Vor allem mit der Förderung prestigeträchtiger Großprojekte meist ohne Sensibilität für soziale oder ökologische Folgen, wie zum Beispiel durch Umsiedlungsprojekte, großflächige Abholzungen oder Staudammprojekte, hat sich die Weltbank einen Namen gemacht. (...) Des weiteren ist die Weltbank ein wichtiger Befürworter der sogenannten 'Green Revolution', bestehend aus der Technisierung der Landwirtschaft, dem Entstehen von Großfarmen auf Kosten der Kleinbauern und insbesondere dem massiven Einsatz biotechnologisch und genetisch veränderten Saatguts und der daran gekoppelten Verwendung von Herbiziden und Pestiziden" (GLO, S.38).

**GATT***General Agreement on Tariffs and Trade*

Das GATT-Vertragssystem ist ein Konglomerat aus multilateralen Verträgen, die den Abbau von Handelshemmnissen, insbesondere von Zöllen zum Inhalt haben. Das erste GATT-Abkommen wurde 1947 von 23 Staaten unterzeichnet und bestand aus Einzelabkommen zur Zollsenkung einiger industrieller Güter.

Die GATT-Vereinbarungen wurden in verschiedenen, jeweils mehrjährigen Verhandlungsrunden erzielt und bezogen sich auf einzelne Güter oder Gütergruppen und ihre Übernahme durch die teilnehmenden Staaten war freiwillig und konnte sich auch nur auf einzelne Vereinbarungen beziehen.

Das änderte sich erst mit der sog. Uruguay-Runde, die 1986 begann und an der bereits 116 Staaten teilnahmen. Hier wurden zum ersten mal auch Textil- und Agrarprodukte, die Liberalisierung von Investitionen und Dienstleistungen sowie der Schutz geistigen Eigentums in die Verhandlungen einbezogen. Ausserdem sollte das GATT-System in eine festen Organisation übergehen, für deren Mitglieder die Übernahme der Abkommen auf allen Ebenen verbindlich sein sollte. Dies führte 1994 zum sog. Marrakesh-Abkommens, mit dem die Gründung der WTO beschlossen wurde.

**WTO***World Trade Organization*

Als Nachfolger des GATT-Systems gegründet, sind die Aufgabe der WTO (a) die Aushandlung von Abkommen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels, (b) deren Überwachung sowie (c) der Schlichtung von entstandenen Streitigkeiten.

Die WTO unterhält ein ständiges Sekretariat in Genf und hält alle zwei Jahre eine Konferenz von RegierungsvertreterInnen der 144 Mitgliedsländer ab, bisher 1997 in Genf, 1999 in Seattle ('Battle of Seattle') und 2001 in Katar.

Anders als in IWF und Weltbank gilt auf den WTO-Konferenzen und in allen Gremien formell das gleiche Stimmrecht für jeden Staat. "In der Praxis werden die Entscheidungen, in denen die EU und die USA übereinstimmen, jedoch für gewöhnlich gegen jeden Widerstand durchgesetzt. Auf sogenannten Quad-Treffen koordinieren sich die EU, USA, Kanada und Japan und treffen hier quasi die Vorentscheidungen für die WTO-Konferenz" (GLO, S. 40f.). Trotzdem gelingt es den 'Entwicklungsländern' hier besser, ihre Positionen zur Geltung zu bringen, die sich allerdings weniger als Fundamentalkritik am 'Freihandel' artikulieren, sondern in der Forderung, diesen quasi 'gerecht' auf beiden Hälften des Globus zu praktizieren.

Die WTO bildet den Rahmen für die drei Einzelabkommen GATT, GATS und TRIPs.

Im GATT gehen die alten GATT-Zollabkommen auf, allerdings in erweiterter und verfeinerter Form (z.B. Verbot der Kennzeichnung verschiedener Herstellungsweise gleicher Waren, Verbot von Schutzmaßnahmen gegen Dumping-Importe). Hinzu gekommen ist ein Abkommen zum Schutz handelsbezogener Investitionen (TRIMs, *Trade Related Investment Measures*).

Das GATS (*General Agreement on Trade in Services*) ist ein Abkommen zur Liberalisierung des 'Handels mit Dienstleistungen', das im Dezember 1996 durch ein Abkommen für den Bereich Telekommunikation und im Dezember 1997 für Finanzdienstleistungen konkretisiert wurde. Derzeit wird über den Bildungsbereich verhandelt. In Zukunft sollen auch die restlichen Bereiche der traditionell staatlichen Infrastrukturleistungen, wie Gesundheits-, Energie- und Wasserversorgung in die Verhandlungen einbezogen werden.

Ziel des TRIPs (*Trade Related Intellectual Property Rights*) ist die "die Liberalisierung des Handels mit Produkten und Produktionsprozessen, die durch den Besitz der Eigentumsrechte Gewinne abwerfen, kurz gesagt also der Vermarktung des geistigen Eigentums, der Schutz des Eigentumsrechts vor Mißbrauch und unbezahlter Nutzung sowie die Einklagbarkeit von Verstößen gegen dieses Eigentumsrecht" (GLO, S. 44). Das TRIPs zielt unmittelbar auf die Verwertbarkeit patentierter Gensequenzen, aber auch auf die Verwendung von Generika: "Im Frühjahr 2001 klagte die USA unter Bezug auf das TRIPs-Abkommen vor der WTO gegen Brasilien, da hier nach dem Patentgesetz von 1996 die Herstellung von Generika (kostengünstigen Medikamentkopien) erlaubt wurde. Hintergrund der brasilianischen Handlungsweise ist die Bekämpfung der Krankheit Aids. Die Medikamente der US-amerikanischen Pharma-Konzerne sind über 50 Prozent teurer, wenn sie nicht staatlich subventioniert werden" (GLO, S. 45).

## **OECD**

### *Organization for Economic Cooperation and Development*

Die 1961 gegründete OECD mit Sitz in Paris ging aus der nach dem Krieg zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus gegründeten OEEC (*Organization for European Economic Cooperation*). Nachdem diese Ziele in Europa erreicht zu sein schienen, wurde die OEEC zur OECD und nahm sich der Probleme des Weltwirtschaft an.

Die Ziele der OECD überschneiden sich augenscheinlich mit denen der WTO, jedoch hat die OECD einen Vorteil: Ihre 29 Mitglieder sind mit Ausnahme der sog. Schwellenländern Südkorea und Mexiko ausschließlich hochentwickelte Industrienationen. Für die Industrienationen bietet sich daher an, kritische Themen zunächst in der OECD - quasi 'unter sich' - zu verhandelt, um die Ergebnisse später als 'geschaffene Fakten' in der WTO durchzusetzen.

## **MAI**

### *Multilateral Agreement on Investments*

Das MAI ist ein Vertragswerk, das nicht zustande gekommen ist. Der Widerstand gegen das MAI stellt jedoch einen der Gründungsmythen der Antiglobalisierungsbewegung dar. Außerdem veranschaulichen die in den MAI-Verhandlungen berührten Themen, welche Richtung die neoliberale Globalisierung in Zukunft nehmen wird.

Das MAI wurde zwischen 1995 und 1998 in der OECD (s.o.) verhandelt, bis 1997 noch unter strengster Geheimhaltung. Neben den 29 Mitgliedstaaten nahmen die EU, "Argentinien, Brasilien, Chile, Estland, Hongkong, China, Lettland, Litauen und die Slowakische Republik unter Beobachtungsstatus an den

Verhandlungen teil. Auffällig ist das Fehlen Rußlands und des afrikanischen Kontinents" (GLO, S. 54f.).

Ziel des MAI war die Schaffung von Rechtssicherheit für ausländische Direktinvestitionen. Dabei sollten den Investoren weitreichende Rechte zugestanden werden. So sollten Investoren ein einseitiges Klagerecht gegenüber den Empfängerstaaten ungeachtet der nationalen Gesetzgebung erhalten.

Investoren sollten die gleichen Rechte wie inländische Unternehmen genießen, jedoch nicht schlechter, als in einem anderen Mitgliedsland behandelt werden dürfen. So hätten ausländische Investoren inländische Steuervorteile oder Subventionen wahrnehmen können, während z.B. Arbeits- und Umweltschutzaufgaben nicht eingehalten werden müssten, sobald der Investor nachweisen könne, dass ihm ein solcher Wettbewerbsnachteil in einem anderen Land nicht zugemutet würde.

"Die Regierungen sollten verpflichtet werden, für politische Sicherheit und ein günstiges Investitionsklima zu sorgen. Insbesondere zu diesem Zweck sollte die 'roll-back'-Klausel eingeführt werden, die besagte, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ('sun-set-time') alle Gesetze, die einer Liberalisierung des Marktes und einer Deregulierung entgegenstehen, aufgehoben werden müssten. Im Zweifelsfalle könnten somit alle nationalen Regelungen zum Schutz von Arbeitenden und Arbeitsplätzen, Regelungen über Minimallöhne, Umweltschutzbestimmungen, nationale Menschenrechtsklauseln oder Verbraucherschutzbestimmungen betroffen sein. (...) Parallel zur 'roll-back'-Klausel sollte auch eine 'stand-still'-Klausel im MAI stehen, die besagt, daß keine neuen nationalen Gesetze verabschiedet werden dürften, die den Regelungen des MAI entgegen ständen" (GLO, S. 57).

Weitere Bestimmungen sahen für die Investoren das Recht auf 'freien Gewinntransfer' oder das Recht, die Quellen von Investitionen zu verschleiern vor. Für die Staaten sollte ein Verbot direkter oder indirekter Enteignungen (bei Strafe der Entschädigung des Verdienstausfalls) gelten (eine indirekte Enteignung wäre z.B. das Verbot eines Giftes, das ein Unternehmen herstellt und vertreibt).

Die Verhandlungen zum MAI scheiterten letztlich am Rückzug Frankreichs, der einen erheblichen Grund im Schutz der französischen Filmindustrie hatte.

Im April 1997 werden die Verhandlungen zum MAI aufgrund einer gezielten Indiskretion unter GlobalisierungskritikerInnen bekannt. Es folgen eine Reihe von Informations- und Protestveranstaltungen, die im Juli 1997 anlässlich des von den Zapatistas initiierten "Zweiten internationalen Treffens gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit" zur Gründung der ersten weltweit agierenden Antiglobalisierungsorganisation, der PGA (*Peoples' Global Action*) führt.

**BIAC, USCIB, ERT** *Business and Industry Advisory Committee  
US Council of International Business  
European Round Table of Industrialists*

Diese Vereinigungen sind internationale Lobbyorganisationen der Industrie.

Das BIAC betreibt bei der OECD beständige Lobbyarbeit für weiterreichende Unternehmensrechte und gegen verbindlichen Umwelt- und Sozialregelungen. Es vertritt dort auch andere Lobbygruppen, wie das USCIB oder die ICC (*International Chamber of Commerce*), und genießt Konsultationsstatus bei der OECD.

Als eine der einflussreichsten Lobbygruppen gilt das USCIB. Es vertritt die Interessen der US-Wirtschaft und hatte maßgeblichen Einfluss auf die Verhandlungen zur Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (*North American Free Trade Agreement*). Das USCIB gilt auch als Initiator und treibende Kraft hinter dem MAI.

Ihr europäisches Pendant ist der ERT. "Der ERT ist laut Selbstdarstellung 'eine Gruppe von 45 Präsidenten bedeutender europäischer Unternehmen aus 16 europäischen Ländern' (GLO, S. 61) mit erheblichem Einfluss auf die Willensbildung der EU-Bürokratie. "So basiert etwa der Verkehrswegeplan der EG auf den ERT-Publikationen 'Missing Links' und 'Missing Networks' und das EG-Memorandum zur Hochschulpolitik auf der ERT-Publikation 'Education and European Competence' " (GLO, S. 62).

**TUAC, ILO** *Trade Union Advisory Committee  
International Labor Organisation*

Auch die Gewerkschaften verfügen über internationale Organisationen. So ist das TUAC das gewerkschaftliche Pendant des BIAC und vertritt die Interessen der nationalen Gewerkschaften bei der OECD.

Die ILO ist eigentlich keine Arbeitnehmerorganisation. "Die ILO stellt eine der 16 autonomen Sonderorganisationen der UN dar. Gegründet wurde sie 1919 mit dem Völkerbund. Mitglieder der ILO sind Staaten, die als Delegierte zwei Regierungsvertreter sowie jeweils einen Arbeitgeber- und einen Arbeitnehmervertreter entsenden" (GLO, S. 75).

Bei den Verhandlungen um das MAI machten die Gewerkschaftsvertreter keine gute Figur. TUAC und ILO, die beide Beobachterstatus bei den Verhandlungen hatte, hielten sich zunächst an die Geheimhaltungsaufgabe. Als ein Entwurf des MAI an die Öffentlichkeit gekommen war und sich an der Gewerkschaftsbasis heftiger Protest artikuliert, waren von TUAC und ILO nur allgemeine Stellungnahmen zu erhalten, wonach man auf die Verankerung von Sozialklauseln im MAI hoffe. Die Basis fand klarere Worte. So warf die Belegschaftsliste Bayer-Wuppertal in einem offenen Brief an DGB und TUAC den Gewerkschaftsfunktionären vor, sie würden sich 'ins eigene Bein schießen', "da nach dem MAI 'Protestbewegungen, Streiks, Boykotts zu entschädigungspflichtigen Ereignissen werden' könnten. 'Wie kann man sich perspektivisch so ins Abseits stellen lassen und der eigenen Bedeutungslosigkeit den Weg bereiten? [...]' Wo ist

Euer/unser Protest gegen solche, grundsätzlich gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Ansinnen?" (GLO, S. 76)

## **EZLN**

### *Ejército Zapatista de Liberación Nacional*

Am 1. Januar 1994, dem Tag des Inkrafttretens des NAFTA, besetzte die EZLN für zwölf Tage die Provinzhauptstadt und einige andere Orte in der süd mexikanischen Provinz Chiapas. Sie erklärt der mexikanischen Regierung symbolisch den Krieg im Namen der mexikanischen Verfassung, die im Artikel 39 besagt, dass "das Volk (...) zu aller Zeit das unveräußerliche Recht [hat], die Form seiner Regierung zu ändern" (GRA, S. 79 [Fußnote]).

Obwohl der Aufstand seine Gründe unmittelbar in der ökonomischen Situation in Chiapas hat, stellen die Zapatistas ihre Aktion von Anfang an in einen globalen Zusammenhang. Als ihren Feind benannte die EZLN den Neoliberalismus und lud bisher zwei Mal zu 'Internationalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für Menschlichkeit' ein. Das erste fand 1996 in Mexico mit 3.000 TeilnehmerInnen aus 40 Staaten, das zweite, aus dem, wie bereits gehört, die PGA hervorging, fand 1997 in Spanien statt. Die internationale Bekanntheit und Verankerung in der Antiglobalisierungsbewegung hat sicher dazu beigetragen, dass der zapatistische Widerstand von der mexikanischen Regierung bis heute nicht zerschlagen werden konnte.

Die EZLN, die bereits 1983 von 'marxistischen Metropolenlinken' als klassische marxistisch-maoistisch orientierte Guerilla gegründet worden war, veränderte sich unter dem Einfluss der indigenen Bevölkerung Chiapas und durch das Reflektieren der Geschichte der südamerikanischen Befreiungsbewegungen und des 'Realen Sozialismus' zu einer basisdemokratischen und anti-avanguardistischen Bewegung. "Die EZLN betont immer wieder, daß es 'den' Zapatismus nicht gebe. Neben der basisdemokratischen Maxime des 'gehorchenden Befehls' bildet das Paradigma 'Fragend schreiten wir voran.' ein zentrales Motto der süd mexikanischen Befreiungsbewegung" (GLO, S. 91).

Einen erheblichen Anteil an der charismatischen Wirkung der Zapatistas hat sicher die Figur des 'Subcomandante insurgente Marcos', dessen Name erfunden ist und der in der Öffentlichkeit "nur transfiguriert durch eine Maske" (POE, S. 152) auftritt. Seit Marcos 'Enthüllung' durch die mexikanische Regierung im Februar 1995 werden die Erklärungen der Zapatistas von dem philosophierenden Käfer 'Don Durito de la Lacandona, fahrender Ritter' abgegeben, "weil der aufständische Unterführer, Subcommandante insurgente Marcos, ein studierter Intellektueller, sein 'treuer Schildknappe', immer so 'schwer zu verstehende Ideen, die noch schwerer zu verdauen sind', äußert" (POE, S. 153).

"Die Zapatistas verwenden neuartige Ausdrucksformen und eine neue Sprache, die oftmals abseits herkömmlicher linker Rhetorik liegt, die Fähigkeit zu Selbstkritik und -ironie beweist oder durch (scheinbar) paradoxe Verlautbarungen zur einer inhaltlichen Auseinandersetzung animiert" (GLO, S.92).

Exemplarisch sei abschließend der Auftakt der Einladung zum 'Ersten internationalen Treffen gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit' zitiert:

"An alle Individuen, Gruppen, Kollektive, Bewegungen, sozialen, politischen und Bürgerrechts-Organisationen, an alle Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen, Kooperativen, an alle vergangenen und zukünftigen Linken, Nicht-Regierungsorganisationen und Gruppen der Solidarität mit den Kämpfern der Völker der Welt, Banden, Stämme, Intellektuelle, Indigene, Studierende, Musiker, Arbeiter, Künstler, Lehrer, Campesinos, Kulturinitiativen, Jugendbewegungen, alternative Medien, Umweltbewegte, Slumsiedler, Lesben, Homosexuellen, Feministinnen, Pazifisten. An alle Menschen ohne Haus, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Bildung, ohne Freiheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Vaterland, ohne Morgen" (GLO, S.89f.).

## **ATTAC**

*Action pour une Taxe Tobin d'Aide aux Citoyens*

ATTAC wurde 1997/1998 "auf Initiative der Zeitung *Le Monde Diplomatique* und ihres Redakteurs Ignacio Ramonet. (...) Mittlerweile haben sich europaweit lokale ATTAC-Gruppen gegründet und miteinander vernetzt, ATTAC existiert in 39 europäischen Staaten, allein in Frankreich hat sie über 30.000 Mitglieder und 230 Ortsgruppen" (GLO, S: 108).

ATTAC bildete sich ursprünglich um die Forderung nach einer 'Tobin-Steuer' zur Besteuerung von Währungstransaktionen und Finanzspekulationen. Der Ökonom James Tobin, von dem diese Idee stammt, versteht seinen Vorschlag jedoch durchaus nicht 'globalisierungskritisch' und hegt seinerseits keinerlei Sympathien für ATTAC.

Inzwischen vertritt ATTAC jedoch auch eine Reihe anderer Forderungen, als deren Zielrichtung die Globalisierung von Bürger- und Sozialrechten sowie demokratischer Prinzipien angesehen werden kann.

## **Literatur**

- GLO T. Bewernitz: Global x - Kritik, Stand und Perspektiven der Antiglobalisierungsbewegung. Münster 2002
- GRA W.F. Haug: Was ist von Gramsci zu lernen für einen neuen Internationalismus? In: W.F. Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999.
- POE W.F. Haug: Revolution mit Poesie. In: W.F. Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999.